



80/2007

Kiel, 9. Juli 2007

Vorschau auf die 24. Landtagssitzung – Regierungserklärung über die Entscheidung zur Fehmarnbeltquerung

Kiel (SHL) – *Zum Auftakt der dreitägigen Landtagssitzung gibt es am **Mittwoch, 11. Juli 2007, 10:00 Uhr**, eine Regierungserklärung über die Entscheidung zur Fehmarnbeltquerung.*

Die Kosten für die 19 Kilometer lange Brücke und die Anbindungen an Land betragen 5,6 Milliarden Euro. Die dänische Seite trägt mit 4,8 Milliarden den Löwenanteil. Die deutsche Seite muss 800 Millionen Euro für die Land-Anbindung aufbringen. So soll für 95 Millionen Euro die Bundesstraße zwischen Heiligenhafen und Puttgarden vierspurig ausgebaut werden. Hier wird Schleswig-Holstein nach Angaben der Landesregierung 60 Millionen Euro zuschießen. Die Fehmarnbeltbrücke soll bis 2018 fertig sein und die Fahrzeit zwischen Hamburg und Kopenhagen um knapp 60 Minuten auf dreieinhalb Stunden verkürzen.

Nächster Tagesordnungspunkt sind die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes von CDU und SPD über den öffentlichen **Gesundheitsdienst** (Drs. 16/1427) und die Erste Lesung des Gesetzentwurfes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung und Verbesserung des **Schutzes von Kindern und Jugendlichen** in Schleswig-Holstein (Drs. 16/1439). Thema beider Gesetzentwürfe ist der bessere Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen. Auch der folgende Tagesordnungspunkt befasst sich mit Kindern und Jugendlichen. Es geht um einen neuen Artikel in der Landesverfassung mit dem Wortlaut: „Kinder und Jugendliche stehen unter besonderem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung“. (Drs. 16/1291).

Nächster Tagesordnungspunkt ist der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des **Kommunalabgabengesetzes** (Drs. 16/1275) Mit diesem Gesetz sollen Kur- und Erholungsorte in Schleswig-Holstein erweiterte Möglichkeiten bei der Erhebung der Fremdenverkehrsabgabe erhalten. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum, einen entsprechenden Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes weitgehend unverändert

anzunehmen. CDU und SPD stimmten im Ausschuss für die Vorlage, Grüne und FDP waren dagegen.

Der Nachmittag beginnt mit der Zweiten Lesung von zwei gleich lautenden Gesetzentwürfen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SSW. Es geht um die Änderung des Gesetzes zur **tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen**. Der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/115) bezieht sich auf Aufträge an Reedereien, der Antrag des SSW (Drs. 16/604) auf den Bereich des Bauwesens, der Dienstleistungen, des straßengebundenen Öffentlichen Personalverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs sowie der Abfallentsorgungswirtschaft. Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit beiden Gesetzentwürfen befasst und den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der Antrag des SSW wurde im Grundsatz übernommen, allerdings mit zahlreichen Änderungen (Drs. 16/1488).

Nächster Tagesordnungspunkt ist die Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung zum **Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens**. (Drs. 16/1435). Zukünftig wird das Rauchen in öffentlichen Gebäuden bis hin zu Gaststätten verboten sein.

Es folgt der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des **Maßregelvollzuges** (Drs. 16/1440). Ziel dieses Gesetzentwurfes ist es, die Grundlagen für die notwendige Verbesserung des Maßregelvollzuges in Schleswig-Holstein zu schaffen. Das geltende Gesetz stammt aus dem Jahr 2000. Künftig soll es eindeutige Kriterien für Sicherheitskontrollen von Patienten und ihren Zimmern geben. Das Recht auf Religionsausübung wird in das Gesetz aufgenommen, ebenso die Möglichkeit des „Probewohnens“ eines Patienten außerhalb der Klinik als Vorbereitung auf die Freilassung.

Nächster Tagesordnungspunkt an diesem Nachmittag wird der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landeswassergesetzes und anderer wasserrechtlicher Vorschriften sein (Drs. 16/1455). Hier geht es um die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Zieles „Bürokratieabbau und Deregulierung“. Diese Aufgabe sollte sich auch auf das **Landeswassergesetz** erstrecken.

Letzter Tagesordnungspunkt an diesem Mittwoch ist der Antrag des SSW, der eine „Arbeitshilfe zum einheitlichen Umgang mit dem § 35 a SGB VIII“ fordert (Drs. 16/1466). Bei dem angesprochenen Paragraphen des Sozialgesetzbuches geht es um „**Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung**“. „Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung soll Jugendlichen gewährt werden, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. Die Hilfe ist in der Regel auf längere Zeit angelegt und soll den individuellen Bedürfnissen des Jugendlichen Rechnung tragen.“

Die Sitzung am **Donnerstag, dem 12. Juli 2007** beginnt mit dem Gesetzentwurf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Drs. 16/1500). Gegenstand dieses Gesetzentwurfes ist, dass Gemeinschaftsschulen auf Antrag der Schulträger entstehen können. Zusammen mit der Debatte über diesen Gesetzentwurf werden zwei weitere Anträge von Bündnis 90/DIE GRÜNEN behandelt. Als Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz fordern sie zum einen eine neue Festsetzung der Pflichtstundenzahl für

Lehrerinnen und Lehrer an den weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Drs. 16/1468) und zum anderen sollen in Zukunft gebundene Ganztagschulen wieder genehmigt und die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden (Drs. 1487).

Ebenfalls um das **Schulgesetz** geht es bei dem folgenden Tagesordnungspunkt. Die FDP will mit ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes die Beurlaubung und Rückstellung von Schülerinnen und Schüler ermöglichen (Drs. 16/1482).

Nächster Tagesordnungspunkt wird der Gesetzentwurf der Landesregierung über den Vollzug der Jugendstrafe in Schleswig-Holstein – **Jugendstrafvollzugsgesetz** – (JStVollzG), (Drs. 16/1454) sein. Der Vollzug der Jugendstrafe wird in Deutschland bislang auf der Grundlage einer bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschrift vollstreckt, weil das Jugendgerichtsgesetz und das Strafvollzugsgesetz nur wenige Regelungen zum Jugendstrafvollzug enthalten, die zudem unvollständig sind. Dieser Zustand ist verfassungswidrig, da Eingriffe in Grundrechte stets einer gesetzlichen Grundlage bedürfen. Der vorliegende Gesetzentwurf schafft die verfassungsrechtlich erforderliche gesetzliche Grundlage zur Regelung des Jugendstrafvollzuges.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist der gemeinsame Gesetzentwurf aller Landtagsfraktionen über das Schleswig-Holsteinische **Landesverfassungsgericht** (Drs. 16/1497). Ziel dieses Gesetzentwurfes ist die Errichtung eines Landesverfassungsgerichtes für Schleswig-Holstein, mit Sitz in Schleswig. Das Landesverfassungsgericht soll seine Arbeit zum 1. Januar 2008 aufnehmen.

Die Nachmittagssitzung beginnt mit der Debatte über den Antrag der **Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung** (Drs. 16/1147) Ziel dieser Initiative ist es, die Kreisordnung so zu ändern, dass „Gebietsänderungen nur zulässig sind, wenn die betroffenen Kreise einverstanden sind“. Die FDP-Fraktion hatte beantragt, die Debatte in der jetzigen Landtagsitzung zu führen (Drs. 16/1495).

Es folgt die Debatte über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP auf die berufsbildenden Schulen und die duale Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung (Drs. 16/1456). In Ihrer Antwort macht die Landesregierung deutlich, dass betriebliche Ausbildung Priorität vor schulischer Ausbildung haben müsse und appelliert: „**Betriebliche Ausbildung** liegt im Eigeninteresse der Wirtschaft.“

Nächster Tagesordnungspunkt ist der Antrag der Fraktion der FDP zur „Durchführung der **Abschiebungshaft**“ (Drs. 16/1419). Die FDP verlangt von der Landesregierung, im Wege einer Bundesratsinitiative eine Änderung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur „Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union“ zu erreichen. Sie hält die gesetzlichen Grundlagen für die Anordnung der Abschiebehaft und insbesondere für die Festnahme der Betroffenen zum Zwecke der Durchführung der Haft für unzureichend und aus rechtsstaatlichen Gründen für nicht akzeptabel.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt ist der SSW der Antragsteller. Er fordert einen „Aktionsplan für mehr **Dänisch-Unterricht** im Landesteil Schleswig“ (Drs.

16/1467) Demnach sollen die Unterrichtsangebote an Kindergärten, Schulen, Volkshochschulen sowie der Lehrerausbildung bis 2010 verbessert werden.

Nächster und letzter Tagesordnungspunkt an diesem Tag ist ein Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender Ausweisung von **Vogelschutzgebieten**“ (Drs. 16/1473). Die Landesregierung soll noch in der laufenden Sitzung des Landtages mündlich berichten, welche möglichen Auswirkungen ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender Ausweisung von Vogelschutzgebieten für Schleswig-Holstein hat. Insbesondere geht es hier um Gebiete auf der Halbinsel Eiderstedt.

Am **Freitag, dem 13. Juli 2007**, beginnt die Landtagssitzung mit dem Tagesordnungspunkt „Patientenverfügungen – Stand der Beratungen auf Bundesebene“ (Drs. 16/1464). Es handelt sich um einen Bericht der Landesregierung. Als „Patientenverfügung“ bezeichnet man eine Willenserklärung, die eine entscheidungsfähige Person vorsorglich für eine Situation trifft, in der eine Entscheidung über eine medizinische Maßnahme notwendig, die Person selbst aber nicht mehr entscheidungsfähig ist. Die mit einer „**Patientenverfügung**“ zusammenhängenden Fragen sind gesetzlich nicht ausdrücklich geregelt. Der Bundesgerichtshof hat hierzu eine gesetzliche Regelung angemahnt. Über den aktuellen Stand der Beratungen auf Länder- und Bundesebene informiert der Bericht der Landesregierung.

Um die „**AKW-Zwischenfälle** in Krümmel und Brunsbüttel am 28. Juni 2007“ (Drs. 16/1498 neu) geht es im Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Ziel dieses Antrages ist es, dass die Landesregierung noch für die laufende Sitzung einen schriftlichen Bericht über die Zwischenfälle in Krümmel und Brunsbüttel vorlegt.

Es folgt der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN „**Handlungsfreiheit der ARGEN stärken**“ (Drs. 16/1474). Hier geht es um die praktische Umsetzung des Sozialgesetzbuches II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ und Sozialgesetzbuch III „Arbeitsförderung“ durch die Arbeitsgemeinschaften (ARGEN) aus Arbeitsagentur und Kommunen.

Der nächste Tagesordnungspunkt ist ein gemeinsamer Antrag von CDU und SPD zur „Bachelor- und Masterausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge“ (Drs. 16/1476). Sie fordern von der Regierung einen mündlichen Bericht über den Stand der Umstellung der **Lehrerausbildung** auf Bachelor- und Masterstudiengänge.

Vom 20. bis 22. Mai 2007 gab es in Gdingen das **5. Parlamentsforum Südliche Ostsee**. Das Parlamentsforum hat eine Resolution verabschiedet (Drs. 16/1468). CDU und SPD fordern in ihrem Antrag die „Umsetzung der Resolution des V. Parlamentsforums Südliche Ostsee“ (Drs. 16/1477).

Um den „Erhalt der **deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung** GRAMARK“ geht's im nächsten Tagesordnungspunkt (Drs. 16/1478). Der SSW will mit diesem Antrag erreichen, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, sich im Dialog mit dem Unternehmensverband Unterelbe-Westküste, der Wirtschaftsakademie

Schleswig-Holstein und der Industrie- und Handelskammer Flensburg für den Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK in Flensburg und Leck einzusetzen.

Auf Antrag von CDU und SPD (Drs. 14/71) berichtet die Landesregierung über die Auswirkungen der am 30. Juni 2007 zu Ende gegangenen **EU-Rats-präsidentschaft** auf Schleswig-Holstein. Auch die Einschätzung der Regierung zu den Perspektiven der EU-Verfassung ist Thema. Höhepunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 war der Gipfel der Staats- und Regierungschefs Ende Juni in Brüssel. Hier wurden Weichen für eine Neuausrichtung der EU-Institutionen gestellt.

Mit dem Antrag „**Aktionsplan Demenz** – Politisches Gesamtkonzept für an Demenz erkrankte Menschen“ (Drs. 16/1484) will die FDP erreichen, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, zur nächsten Landtagssitzung einen Aktionsplan für an Demenz erkrankte Menschen vorzulegen.

Mit ihrem Antrag „Staatsangehörigkeitsrecht überarbeiten“ (Drs. 16/1485) will Bündnis 90/DIE GRÜNEN erreichen, dass die Landesregierung durch Beschluss des Landtages aufgefordert wird, im Wege einer Bundesratsinitiative eine Änderung des **Staatsangehörigkeitsgesetzes** zu erwirken. Vor allem geht es darum, dass Jugendliche, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt oder als Kind erworben haben, diese unabhängig von einer anderen Staatsangehörigkeit auch nach Vollendung des 18. Lebensjahres behalten können.

Mit ihrem Antrag „**Informatik** als Unterrichtsfach in der Schule“ (Drs. 16/1496) fordert die FDP-Fraktion, das Fach Informatik im Unterrichtsangebot der Schulen zu stärken, da die Inhalte dieses Faches heute mehr denn je zur Allgemeinbildung zählen.

Letzter Tagsordnungspunkt wird der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN „**Pflege** muss sich am Menschen orientieren – Möglichkeiten auf der Landesebene ausgestalten“ (Drs. 16/1499) sein. Sie fordern eine grundsätzliche Reform der Pflege, die den Menschen als Pflegebedürftigen und als Pflegenden in den Mittelpunkt stellt.

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

Kiel TV/Offener Kanal überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 24. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 11. Juli 2007			
1 A	Regierungserklärung zur Fehmarnbeltquerung	60	10:00
2 und 9	Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst und Gesetz zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen	65	11:00
6	Änderung der Landesverfassung	35	12:05
7 A	Zweite Lesung der Änderung des Kommunalabgabengesetzes - Drucksache 16/1275	30	12:40
5	Änderung des Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen – Gesetzentwürfe der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW	65	15:00
8	Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens	30	16:05
10	Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes	30	16:35
14	Änderung des Landeswassergesetzes und wasserrechtlicher Vorschriften	30	17:05
24	Arbeitshilfe zum einheitlichen Umgang mit dem § 35 a SGB VIII	30	17:35
Donnerstag, 12. Juli 2007			
19, 34 und 35	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes sowie Anträge zu den Konsequenzen aus dem neuen Schulgesetz: - Stundenzahl für LehrerInnen der Sekundarstufen und - Gebundene Ganztagschulen	60	10:00
16	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	30	11:00
13	Jugendstrafvollzugsgesetz	60	11:30
18	Gesetz über das Schlesw.-Holsteinische Landesverfassungsgericht	30	12:30
17	Änderung der Kreisordnung	30	15:00
21	Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung	60	15:30
22	Durchführung der Abschiebungshaft	30	16:30
25	Aktionsplan für mehr Dänisch-Unterricht im Landesteil Schleswig	30	17:00
27	Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender Ausweisung von Vogelschutzgebieten	30	17:30
Freitag, 13. Juli 2007			
49	Patientenverfügungen	60	10:00
37	AKW-Zwischenfälle in Krümmel und Brunsbüttel	30	11:00
29	Bachelor- und Masterausbildung im Bereich der Lehramtsstudiengänge	30	11:30
30	Umsetzung der Resolution des V. Parlamentsforums Südliche Ostsee	30	12:00

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
31	Erhalt der deutsch-dänischen Arbeitsvermittlung GRAMARK	30	12:30
26	Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	30	15:00
32	Aktionsplan Demenz – Politisches Gesamtkonzept für an Demenz erkrankte Menschen	30	15:30
33	Staatsangehörigkeitsrecht überarbeiten	30	16:00
36	Informatik als Unterrichtsfach in der Schule	30	16:30
28	Handlungsfreiheit der ARGEN stärken	30	17:00
38	Pflege muss sich am Menschen orientieren - Möglichkeiten auf der Landesebene ausgestalten	30	17:30

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen:

TOP		Bericht- erstattung
3	Architekten- und Ingenieurkammergesetz	5
4	Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung	5
12	Änderung des Heilberufegesetzes und anderer Gesetze	-
15	Staatsvertrag über die Anerkennung von Untersuchungsstellen nach § 18 (BBodSchG)	-
20	Wahl der Mitglieder des Medienrates der Medienanstalt Hamburg / Schleswig-Holstein	
23	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	-
40	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wegen a) Höhe des Barbetrages im Maßregelvollzug b) der Unvereinbarkeit des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen mit dem Grundgesetz und c) der Verfassungsbeschwerde wegen der Unvereinbarkeit des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen mit dem Grundgesetz	5
41	Organstreitverfahren wegen der Verfassungswidrigkeit der 5-v.H.-Sperrklausel im Kommunalwahlrecht	5
42	Klimaschutz in der Landwirtschaft	5
45	Angebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten	5

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

7	Gesetz zur Stärkung des Petitionswesens und zur Zentralisierung der Landesbeauftragten
39	Fäkalienverschmutzung in der Ostsee stoppen
43	Sitz des Landesverfassungsgerichts
44	Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten
46	Situation älterer Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein
47	Bericht zur Eingangsphase der Grundschule
48	Sprachförderung in Schleswig-Holstein

Der folgende Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen:

11	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes
----	---